

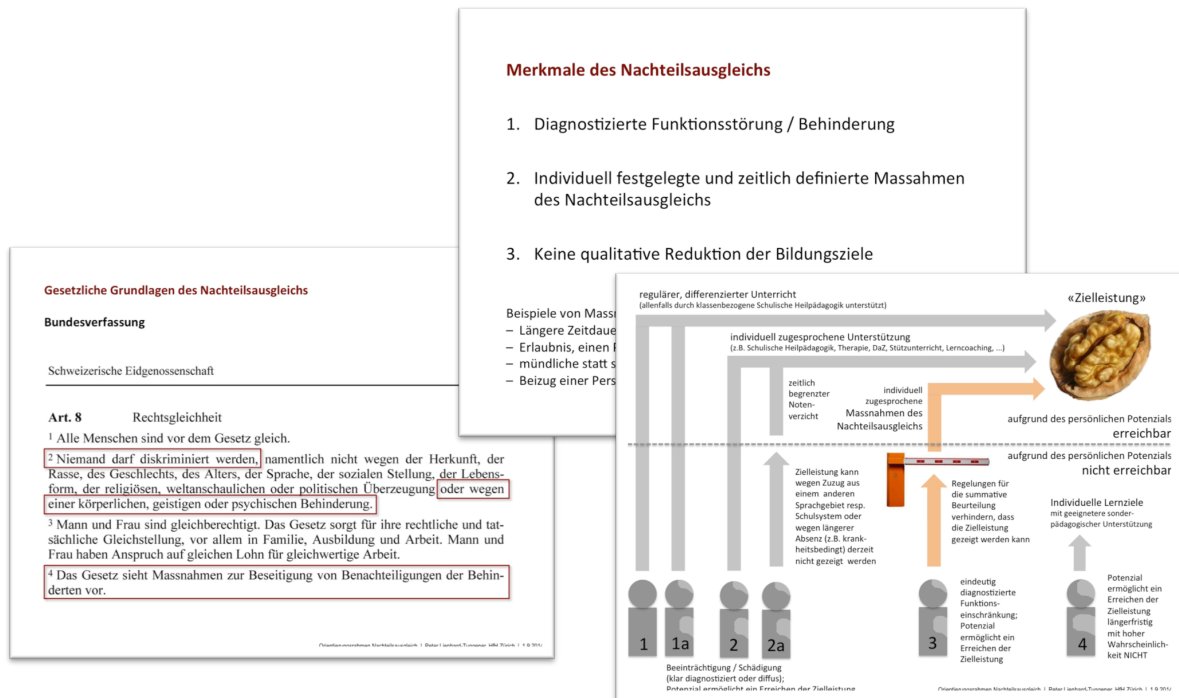
Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich

kommentierte Folien

Download: <http://peterlienhard.ch/nta.zip>

Peter Lienhard-Tuggener, Prof. Dr., HfH Zürich

18. September 2014



Daniel ist gut begabter Jugendlicher. Er ist in der Ausbildung zum Schreiner und leidet unter einem massiven Stottern. Ein Teil der Abschlussprüfungen erfolgt mündlich. Weil er in der zur Verfügung stehenden Zeit viel zu wenig Inhalt von sich geben kann, ist fraglich, ob er die Prüfung bestehen kann.

Sarah ist in der fünften Klasse. Sie hat eine diagnostizierte Lese-Rechtschreib-Schwäche. Ihr intellektuelles Potenzial ist überdurchschnittlich. Die Frage, in welchen Typus der Sekundarschule sie eingeteilt werden soll (oder ab allenfalls auch das Gymnasium der richtige Ort für sie sein könnte), verunsichert die Beteiligten.

Solche und ähnliche Situationen werfen die Frage des **Nachteilsausgleichs** auf. Während vor wenigen Jahren nur wenige Fälle von Nachteilsausgleich – von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen – zu entscheiden waren, drängt dieses Thema inzwischen stärker in den Vordergrund: Immer häufiger wird Nachteilsausgleich in Erwägung gezogen oder eingefordert, was Schulleitungen und Lehrpersonen verunsichern oder gar überfordern kann: «Ist das jetzt wirklich ein Fall für einen Nachteilsausgleich? Wie viel ‚Ungleichbehandlung‘ ist notwendig und fair? Gibt es Leitplanken und Kriterien, die uns helfen könnten, gute Lösungen zu finden?»

Der vorliegende Orientierungsrahmen hat zum Ziel aufzuzeigen,

- aus welchen Gründen in berechtigten Fällen ein Nachteilsausgleich gewährt werden muss,
- welche Merkmale ein Nachteilsausgleich hat,
- welche Prinzipien dabei zu beachten sind
- und wie sich Massnahmen des Nachteilsausgleichs von anderen Unterstützungsmassnahmen unterscheiden.

Der Orientierungsrahmen orientiert sich im Grundsatz an der «Wegleitung Nachteilsausgleich in Schule und Berufsbildung» von Claudia Henrich, Peter Lienhard, Susanne Schriber, Elisabeth Scheuner und Iris Glockengiesser (Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich, 2012); download: <http://peterlienhard.ch/nta.zip>

Art. 8 Rechtsgleichheit

¹ Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

² Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

³ Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

⁴ Das Gesetz sieht Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten vor.

Die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz hat in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft einen hohen Stellenwert. Der Anspruch auf Rechtsgleichheit ist unter anderem durch ein Diskriminierungsverbot zu gewährleisten.

Es werden verschiedene Gruppen von Personen aufgeführt, die diesbezüglich eines besonderen rechtlichen Schutzes bedürfen. Unter anderem sind dies Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

Die Bundesverfassung legt fest, dass Massnahmen zur Beseitigung von behinderungsbedingten Nachteilen durchzuführen sind.

Art. 1 Zweck

¹ Das Gesetz hat zum Zweck, Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind.

² Es setzt Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und fortzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Art. 2 Begriffe

¹ In diesem Gesetz bedeutet *Mensch mit Behinderungen (Behinderte, Behinderter)* eine Person, der es eine voraussichtlich dauernde körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigung erschwert oder verunmöglicht, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte zu pflegen, sich fortzubewegen, sich aus- und fortzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

² Eine *Benachteiligung* liegt vor, wenn Behinderte rechtlich oder tatsächlich anders als nicht Behinderte behandelt und dabei ohne sachliche Rechtfertigung schlechter gestellt werden als diese, oder wenn eine unterschiedliche Behandlung fehlt, die zur tatsächlichen Gleichstellung Behinderter und nicht Behinderter notwendig ist.

(...)

⁵ Eine *Benachteiligung bei der Inanspruchnahme von Aus- und Weiterbildung* liegt insbesondere vor, wenn:

- a. die Verwendung behindertenspezifischer Hilfsmittel oder der Beizug notwendiger persönlicher Assistenz erschwert werden;
- b. die Dauer und Ausgestaltung des Bildungsangebots sowie Prüfungen den spezifischen Bedürfnissen Behinderter nicht angepasst sind.

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Das «Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen» vom 13. Dezember 2002 (kurz: «Behindertengleichstellungsgesetz») konkretisiert den Auftrag, der sich aus Artikel 8 der Bundesverfassung ergibt.

In Artikel 2 werden zwei zentrale Begriffe definiert:

- Was ist ein Mensch mit Behinderung?
- Was ist eine Benachteiligung?

Ein *Mensch mit Behinderung* wird als solcher umschrieben, der unter einer dauernden Beeinträchtigung leidet. Diese Beeinträchtigungen können ganz unterschiedliche Bereiche des Lebens betreffen. Und dieser Mensch darf in keinem dieser Bereiche eine ungerechtfertigte *Benachteiligung* erfahren.

So einleuchtend diese Definitionen zunächst sind: Es wird immer Situationen und konkrete Fälle geben, in denen nicht ganz klar ist,

- ob die betreffende Person jetzt tatsächlich als «behindert» zu betrachten ist
- und ob eine Benachteiligung behinderungsbedingt ist oder aus anderen Gründen besteht.

In Absatz 5 wird das Gesetz dann sehr konkret: Es werden Massnahmen aufgelistet, die einen Nachteilsausgleich ermöglichen können.

Bundesverfassung und Behindertengleichstellungsgesetz
fordern **Rechtsgleichheit, Diskriminierungsverbot**
und Gewährung von **Massnahmen des Nachteilsausgleichs**.

Was bedeutet das für die folgenden Situationen?

- ... Gerichtsprotokollant mit hochgradiger Sehschwäche
- ... Primarlehrperson mit ausgeprägter Rechtschreib-Schwäche
- ... Psychotherapeutin mit Paraplegie (Lähmung der Beine)
- ... Pilot mit leichter Cerebralparese und gelegentlichen Spasmen

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Hier könnten intuitiv die folgenden Überlegungen gemacht werden:

- Wenn es bei der Aufgabe, eine Gerichtsverhandlung zu protokollieren, auf ein wortgetreues Protokoll ankommt und die hochgradig sehbehinderte Person diese Aufgabe mit geeigneten technischen Hilfsmitteln zuverlässig erfüllen kann, gibt es wohl keinen plausiblen Grund, ihr diese Aufgabe zu verwehren.
- Möchte eine Person mit ausgeprägter Rechtschreibschwäche Primarlehrperson werden, könnte ins Feld geführt werden, dass eine wichtige zukünftige Aufgabe darin bestehen wird, Kinder das Lesen und Schreiben in korrekter Weise beizubringen. Dabei wird von ihr verlangt, dass sie diesbezügliche Schwierigkeiten der Kinder erkennt und sie mit geeigneten methodisch-didaktischen Massnahmen unterstützt. Es ist absehbar, dass eine Lehrperson mit ausgeprägter Rechtschreibschwäche Schwierigkeiten haben wird, diese Funktion zugunsten der ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler in der erforderlichen Qualität auszuüben.
- Ob eine Fachperson für Psychotherapie mit funktionierenden oder mit gelähmten Beinen vor einem sitzt, dürfte für den Erfolg einer guten psychotherapeutischen Arbeit keine Rolle spielen
- Einen Piloten, der ab und zu unwillkürliche, ausfahrende Bewegungen macht, möchte sich wohl niemand vorstellen. Eine wesentliche Kernaufgabe – nämlich das Flugzeug und seine Passagiere sicher von A nach B zu bringen – wäre dadurch gefährdet.

Zentral ist demnach immer die Frage, ob das persönliche Potential vorhanden ist, um den Kern einer anvisierten Aufgabe erfüllen zu können.

Merkmale des Nachteilsausgleichs

1. Diagnostizierte Funktionsstörung / Behinderung
2. Individuell festgelegte und zeitlich definierte Massnahmen des Nachteilsausgleichs
3. Keine qualitative Reduktion der Bildungsziele

Beispiele von Massnahmen des Nachteilsausgleichs:

- Längere Zeitdauer für das Ablegen einer Prüfung
- Erlaubnis, einen PC zu benutzen anstatt von Hand zu schreiben
- mündliche statt schriftliche Lernzielkontrolle
- Beizug einer Person, um die Prüfungsaufgaben individuell zu vermitteln

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Massnahmen des Nachteilsausgleichs betreffen grossmehrheitlich Prüfungen, Ausbildungsabschlüsse oder andere Situationen, in denen die Leistung eines Menschen in summativer Art und Weise beurteilt wird.

Massnahmen des Nachteilsausgleichs sind Ungleichbehandlungen, um eine Gleichbehandlung zu erreichen. Ungleichbehandlungen (beispielsweise bezüglich der Modalitäten einer Prüfung) sind äusserst sensible, heikle Angelegenheiten, weil sie das Thema der Gerechtigkeit tangieren. Insbesondere darf es nicht sein, dass durch das Gewähren einer Nachteilsausgleichsmassnahme andere Personen (in diesem Fall die restlichen Prüflinge) benachteiligt werden.

Aus diesem Grund sind bei Massnahmen des Nachteilsausgleichs zwingend die folgenden Kriterien zu erfüllen:

- Es ist eine **klar definierte Funktionsstörung** nachzuweisen. Mit Blick auf das Gesetz sind dies eigentlich «Behinderungen» ... obwohl wir wissen, dass Behinderungen nicht nur aufgrund von körperlich eindeutig nachweisbaren Schädigungen entstehen können. Der diagnostische Nachweis muss von (sinnvollerweise vom Kanton definierten) anerkannten Stellen erfolgen.
- Massnahmen des Nachteilsausgleichs **müssen inhaltlich und zeitlich klar umschrieben** werden. Dies hat schriftlich zu erfolgen. Beispiele von Nachteilsausgleichs-Vereinbarungen sind in der «Wegleitung Nachteilsausgleich in Schule und Berufsbildung» von Henrich et al. (2012) zu finden.
- Die **Bildungsziele dürfen qualitativ nicht gesenkt** werden. Es darf also nicht sein, dass für die betreffende Person einfachere Aufgaben gestellt werden oder Prüfungsinhalte weggelassen werden.

Prinzipien des Nachteilsausgleichs

1. Fairness

NTA-Massnahme soll faire Chance geben, das vorhandene Potenzial trotz Funktionseinschränkung umsetzen zu können

2. Angemessenheit

Die NTA-Massnahme ist dann angemessen, wenn sie lediglich die Funktionseinschränkung kompensiert und nicht zu einer Aufgabenerleichterung oder einer Bevorzugung gegenüber Nichtbehinderten führt; zudem muss der Aufwand, der mit der Nachteilsausgleichsmassnahme verbunden ist, verhältnismässig sein

3. Vertretbarkeit

Die NTA-Massnahme muss vom Team der Ausbildungsinstitution gemeinsam getragen werden und in Einklang mit der pädagogischen Überzeugung stehen

4. Kommunizierbarkeit

Die NTA-Massnahme muss kommunizierbar sein, gegenüber den Mitschüler/innen, der Elternschaft, weiterführenden Schulen / Ausbildungsstätten, der Schulbehörde, der Öffentlichkeit

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Die oben genannten Prinzipien können als Leitplanken hinzugezogen werden, wenn es um die Prüfung oder Umsetzung von Massnahmen des Nachteilsausgleichsmassnahmen geht:

- Die **Fairness** bezieht sich auf beide Seiten: Sowohl die von einer Funktionsstörung / Behinderung betroffene Person als auch ihre Mitlernenden müssen sich angesichts der Durchführung der Nachteilsausgleichsmassnahme fair behandelt fühlen.
- Die **Angemessenheit** bezieht sich einerseits darauf, dass die Massnahme wirklich nur die Funktionsstörung bezüglich bestimmter Aufgabenerfüllungen kompensiert. Ein weiterer Aspekt der Angemessenheit bezieht sich auf die **Verhältnismässigkeit** des Aufwands, den Nachteilsausgleichsmassnahmen auslösen (z.B. personell oder auch finanziell). Dieser Aufwand darf zwar spürbar sein, sollte sich aber in einem vernünftig scheinenden Rahmen bewegen.
- Nachteilsausgleichsmassnahmen müssen innerhalb des Teams einer Schule oder einer anderen Ausbildungsinstitution **vertretbar** sein und gemeinsam getragen werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Nachteilsausgleichsmassnahmen nicht «Solo-Läufe» von einzelnen Lehrpersonen sind, sondern von der Schulleitung mitverantwortet werden.
- Ausbildungsinstitutionen müssen gerecht sein, wenn es um die Behandlung und Beurteilung der Lernenden geht. Aus diesem Grund müssen bewusst und begründet durchgeführte Ungleichbehandlungen klar **kommuniziert** werden können – sicherlich innerhalb der Gruppe der Lernenden, allenfalls auch den Eltern aller Lernenden gegenüber. Andernfalls kann das Grundvertrauen in die Gleichbehandlung und Unparteilichkeit der Ausbildungsinstitution nachhaltig erschüttert werden.

Diese Themen sind von der Thematik des individuellen Nachteilsausgleich **abzugrenzen**:

- individuelle Lernziele
- Dispense
- Barrierefreiheit
- Integrative Didaktik

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Die folgenden Themen haben **nichts mit Nachteilsausgleich zu tun**:

- Werden **individuelle Lernziele** vereinbart, werden per Definition andere (in der Regel tiefere) Ausbildungsziele anvisiert. Damit ist ein tragendes Prinzip des Nachteilsausgleichs («keine qualitative Reduktion der Bildungsziele») verletzt ... und Nachteilsausgleich kann hier kein Thema sein.
- Ähnlich verhält es sich mit **Dispensen**: Wenn ein Lernenden von einem Fach befreit wird, kann er die dort anvisierten Lernziele nicht erreichen.
- **Barrierefreiheit** (z.B. Zugänglichkeit eines Schulhauses mit einem Rollstuhl) ist ein Grundrecht, das so oder so erfüllt sein muss. Deshalb ist beispielsweise das Anbringen einer Rampe kein Nachteilsausgleich, sondern Pflicht.
- **Integrative Didaktik** (oder auch differenzierter Unterricht) ist ebenfalls etwas, was alle Lernenden zugute haben. Es kann von der Schule erwartet werden, dass sie ihren Unterricht in angemessener Weise auf die Lernenden anpasst, einzelne gezielt unterstützt und grundsätzlich versucht, allen gute Lernbedingungen zu verschaffen.

regulärer, differenzierter Unterricht
(allenfalls durch klassenbezogene Schulische Heilpädagogik unterstützt)

«Zielleistung»



aufgrund des persönlichen Potenzials
erreichbar

aufgrund des persönlichen Potenzials
nicht erreichbar

1

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Person 1 hat keine wesentlichen Funktionseinschränkungen oder Behinderung. Sie kann mit dem regulären Unterrichtsangebot (differenzierter Unterricht, allenfalls klassenbezogen unterstützt durch eine Fachperson in Schulischer Heilpädagogik) die angestrebten Bildungsziele vollumfänglich oder weitgehend zu erreichen.

Beispiele:

- *Lara ist eine durchschnittliche Schülerin. In Mathematik ist sie nicht sonderlich stark. Die Klassenlehrperson und die Schulische Heilpädagogin, die jede Woche zwei Lektionen im Team-Teaching in der Klasse ist, haben ein Auge darauf und unterstützen Lara situativ.*
- *Sandro ist in der zweiten Oberstufe. Seine schulischen Leistungen sind insgesamt genügend. Sein Arbeitsverhalten ist stark schwankend und oft etwas chaotisch. Französisch mag er überhaupt nicht. Derzeit sind seine Leistungen in diesem Fach ungenügend.*
- *Elias ist ein vielseitig interessierter, sehr guter Schüler. Der Viertklässler erhält von seiner Klassenlehrperson dann und wann andere, anspruchsvollere Aufgabenstellungen.*

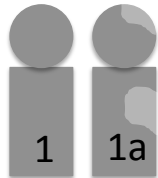
regulärer, differenzierter Unterricht
(allenfalls durch klassenbezogene Schulische Heilpädagogik unterstützt)

«Zielleistung»



aufgrund des persönlichen Potenzials
erreichbar

aufgrund des persönlichen Potenzials
nicht erreichbar



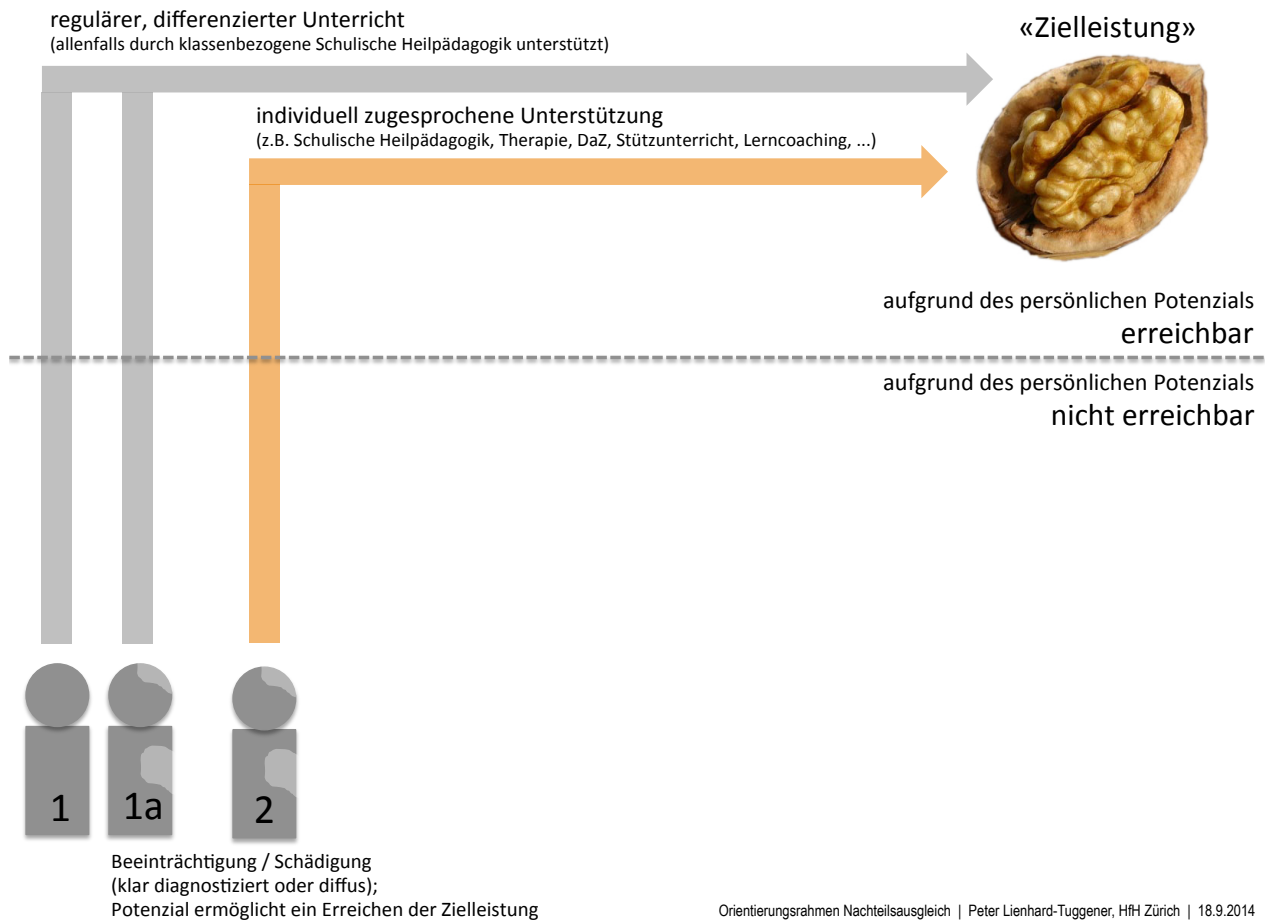
Beeinträchtigung / Schädigung
(klar diagnostiziert oder diffus);
Potenzial ermöglicht ein Erreichen der Zielleistung

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Person 1a weist eine Beeinträchtigung resp. eine Schädigung auf. Möglicherweise kann auch von einer Behinderung gesprochen werden. Das persönliche Potenzial ermöglicht grundsätzlich das Erreichen der Bildungsziele im derzeitigen Kontext. Die Beeinträchtigung/Schädigung/Behinderung wirkt sich nicht wesentlich auf den Bildungserfolg aus.

Beispiele:

- Anna leidet unter einer starken Sehschwäche. Im Alltag kann sie sich zwar gut orientieren, doch kleine Schriften sind für sie ein Problem. Die Lehrpersonen geben Anna kleingedruckte Arbeitsblätter jeweils vergrößert auf A3 ab. Zuhause und in der Schule hat sie ein Vergrößerungsgerät, das sie selbstständig und gewandt bedient. Handschriftliche Tätigkeiten erledigt sie teilweise ohne, teilweise mit Hilfe dieser Apparatur.
- Timo ist querschnittgelähmt. Er besucht die erste Sekundarschule. Anstelle der regulären Turnstunden besucht er den Behindertensport. Im schulischen Alltag braucht er keine besondere Unterstützung. Das Schulhaus ist behindertengerecht gestaltet (Rampe, Behindertentoilette). Einzig zwei Spezialklassenzimmer (Chemie, Physik) sind in oberen Stockwerken ohne Lift untergebracht. Jeweils zwei Mitschüler helfen ihm, die Treppe zu überwinden.
- Bei Aaron wurde im Alter von acht Jahren eine ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) diagnostiziert. Er ist inzwischen in der fünften Klasse. In Prüfungssituationen hilft es ihm, einen Platz am breiten Fenstersims einzunehmen und einen Gehörschutz-Kopfhörer aufzusetzen. Das tun ab und zu auch einzelne seiner Mitschüler/innen.



Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Person 2 weist wie Person 1a eine bestimmte Beeinträchtigung/Schädigung/Behinderung auf. Ebenso besteht das persönliche Potenzial, um das derzeit gefragten Lehrplanziele der derzeitigen Klassenstufe erreichen zu können. In einem Standortgespräch (und nach allfälligen zusätzlichen Abklärungen) wurde festgestellt, dass zur Erreichung dieses Ziels eine individuelle Unterstützung notwendig ist. Lernzielkontrollen resp. Prüfungen erfolgen jedoch gleich wie bei allen anderen Schülerinnen und Schülern der Klasse.

Beispiele:

- Die Viertklässlerin Seraina leidet unter einer Lese-Rechtschreib-Schwäche. In der Unterstufe hatte sie eineinhalb Jahre Logopädie. Nun wird sie sowohl klassenintegriert als auch sporadisch einzeln oder in einer Kleingruppe von der Schulischen Heilpädagogin unterstützt.
- Erdan ist auf das Ende des zweiten Kindergartens hin aus der Türkei in die Schweiz gekommen. Inzwischen besucht er in der zweiten Klasse. Seine Deutschkenntnisse reichen noch nicht aus, um dem Unterricht angemessen folgen zu können. Er besucht weiterhin den DaZ-Unterricht.
- Tamara verfügt über eine ausgeprägte intellektuelle Begabung. Die Vierzehnjährige hat erhebliche Mühe, sich in der Gymnasialklasse sozial zu integrieren. Ein regelmässiges Coaching bei einer Fachperson für Begabtenförderung und regelmässige Standortgespräche helfen ihr diesbezüglich.
- Der Erstklässler Fabio hat grosse Mühe, sich auf eine Aufgabe einzulassen und diese strukturiert zu erfüllen. Sein Bewegungsdrang ist ausgeprägt und oftmals wenig gesteuert. Gemeinsam mit einem Mitschüler, der mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen hat, besucht er die Psychomotoriktherapie.

regulärer, differenzierter Unterricht
(allenfalls durch klassenbezogene Schulische Heilpädagogik unterstützt)

«Zielleistung»

individuell zugesprochene Unterstützung
(z.B. Schulische Heilpädagogik, Therapie, DaZ, Stützunterricht, Lerncoaching, ...)

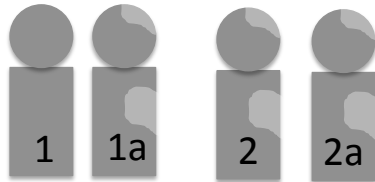
zeitlich
begrenzter
Noten-
verzicht



aufgrund des persönlichen Potenzials
erreichbar

aufgrund des persönlichen Potenzials
nicht erreichbar

Zielleistung kann
wegen Zuzug aus
einem anderen
Sprachgebiet resp.
Schulsystem oder
wegen längerer
Absenz (z.B. krank-
heitsbedingt) derzeit
nicht gezeigt werden



Beeinträchtigung / Schädigung
(klar diagnostiziert oder diffus);
Potenzial ermöglicht ein Erreichen der Zielleistung

Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

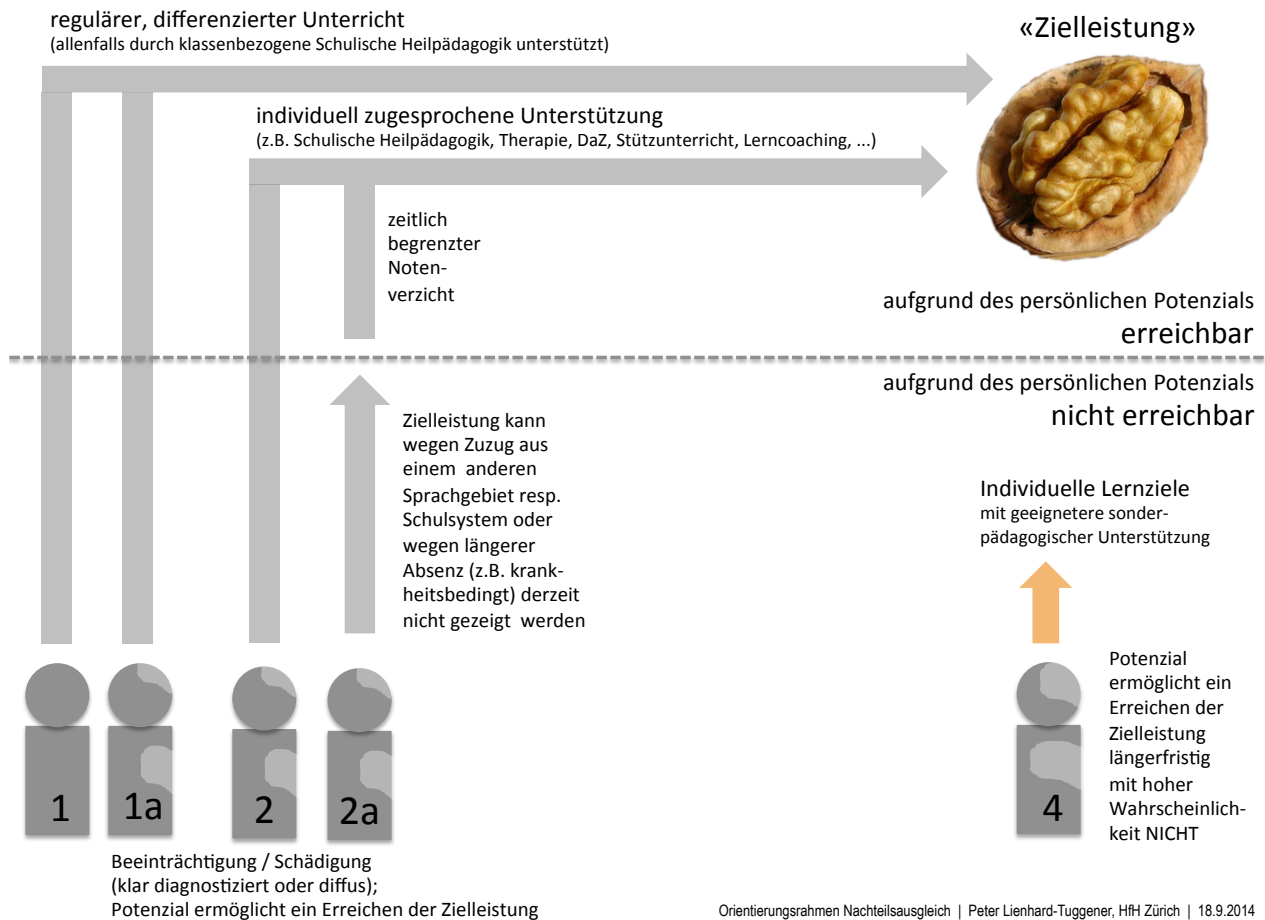
Auch Person 2a hat das Potenzial, die geforderten Lernziele zu erreichen. Ihre Beeinträchtigung besteht in besonderen Lebensumständen, die dazu führen, dass sie die erforderliche Leistung vorderhand nicht erbringen können – aus einem der folgenden Gründe:

- Zuzug aus einem anderen Sprachgebiet;
- Zuzug aus einem Schulsystem, in dem bestimmte Inhalte oder Fächer nicht gelehrt wurden;
- längere Absenz (z.B. durch Krankheit oder Unfall).

Weil aus diesen Gründen die Leistungen in bestimmten Fächern nicht beurteilt werden können, wird ein temporärer Notenverzicht vereinbart.

Beispiele:

- *Rehani ist mit seinen Eltern aus Afrika geflüchtet. Der Flüchtlingsstatus wurde rasch bestätigt. Ohne Deutschkenntnisse wurde der intelligent wirkende Zehnjährige in eine dritte Klasse aufgenommen. In einzelnen Fächern (z.B. Werken, Turnen, Zeichnen) wird er normal benotet, in anderen Fächern (z.B. Deutsch, Mathematik, Mensch und Umwelt) wird vorübergehend auf eine Notengebung verzichtet.*
- *Tamara, sechste Klasse, ist aus einem Kanton zugezogen, in dem Französisch erst auf der Oberstufe unterrichtet wird. Zusammen mit einem Schüler, der in einer vergleichbaren Situation ist, erhält sie Nachhilfeunterricht. Vorderhand wird sie im Fach Französisch nicht benotet.*
- *Der Fünftklässler Silvan hatte einen schweren Skiunfall, der nach einem längerem Spitalaufenthalt eine mehrmonatige Rehabilitation nötig machte. In dieser Zeit konnten schulische Inhalte nur ungenügend aufgearbeitet werden. Im Rechnen hat Silvan nun Lücken, die durch einen gezielten Stützunterricht aufgearbeitet werden. Bis er soweit ist, wird auf eine Notengebung in Mathematik verzichtet.*

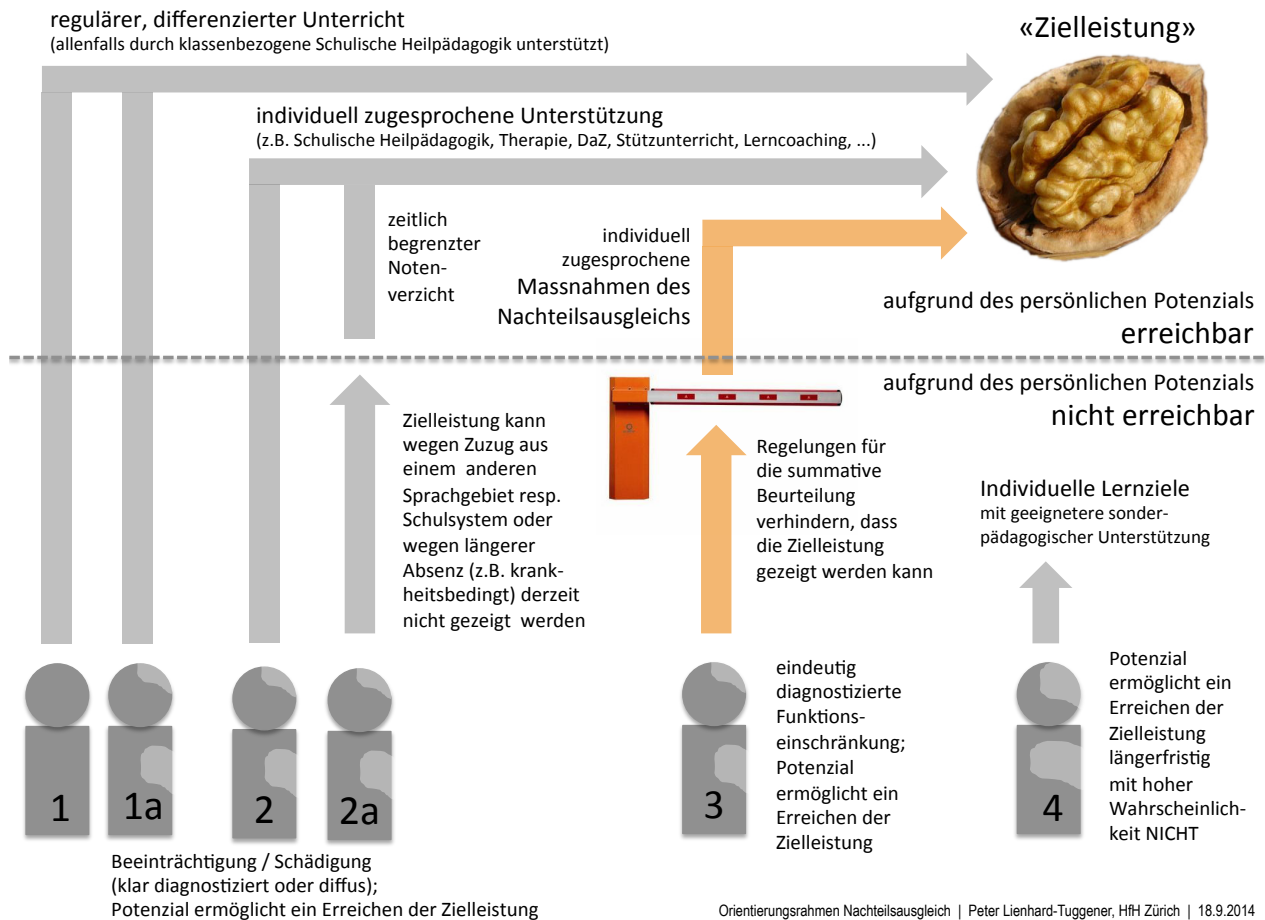


Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Person 4 verfügt nicht über das Potenzial, um die geforderte Zielleistung zu erreichen. Meist steht dabei die intellektuelle Leistungsfähigkeit im Zentrum. In allen Fächern, in welchen die Lehrplanziele nicht erreicht werden können, werden individuelle Lehrziele vereinbart. Das Unterrichts- und Förderangebot wird entsprechend angepasst.

Beispiele:

- Tom zeigte bereits im Kindergarten gewisse Entwicklungsverzögerungen. Er wurde durch Schulische Heilpädagogik und zwischenzeitlich durch Psychomotoriktherapie unterstützt. Im Laufe der dritten Klasse zeigt es sich, dass er langfristig nicht in der Lage sein wird, die Lernziele in den Kernfächern Mathematik und Deutsch erreichen zu können. Eine schulpsychologische Abklärung bestätigte diese Einschätzung. Entsprechend wurden individuelle Lernziele in den genannten zwei Fächern vereinbart.
- Anja hat das Down-Syndrom und erhielt schon als Kleinkind Unterstützung im Bereich Heilpädagogische Frühförderung. Sie wurde integrativ in einen Regelkindergarten gefördert (Status IS, Integrierte resp. Integrative Sonderschulung). Ab der ersten Klasse wurden individuelle Lernziele vereinbart, wobei darauf geachtet wurde, dass Anja wenn immer möglich am gleichen Lernthema arbeiten konnte. Sie besucht heute die vierte Klasse und hat individuelle Lernziele in den Fächern Deutsch, Mathematik, Mensch und Umwelt sowie Englisch. Weil sie im manuellen, gestalterischen und musikalischen Bereich ausgesprochene Stärken hat, wird sie in diesen Fächern nach Lehrplan beurteilt.



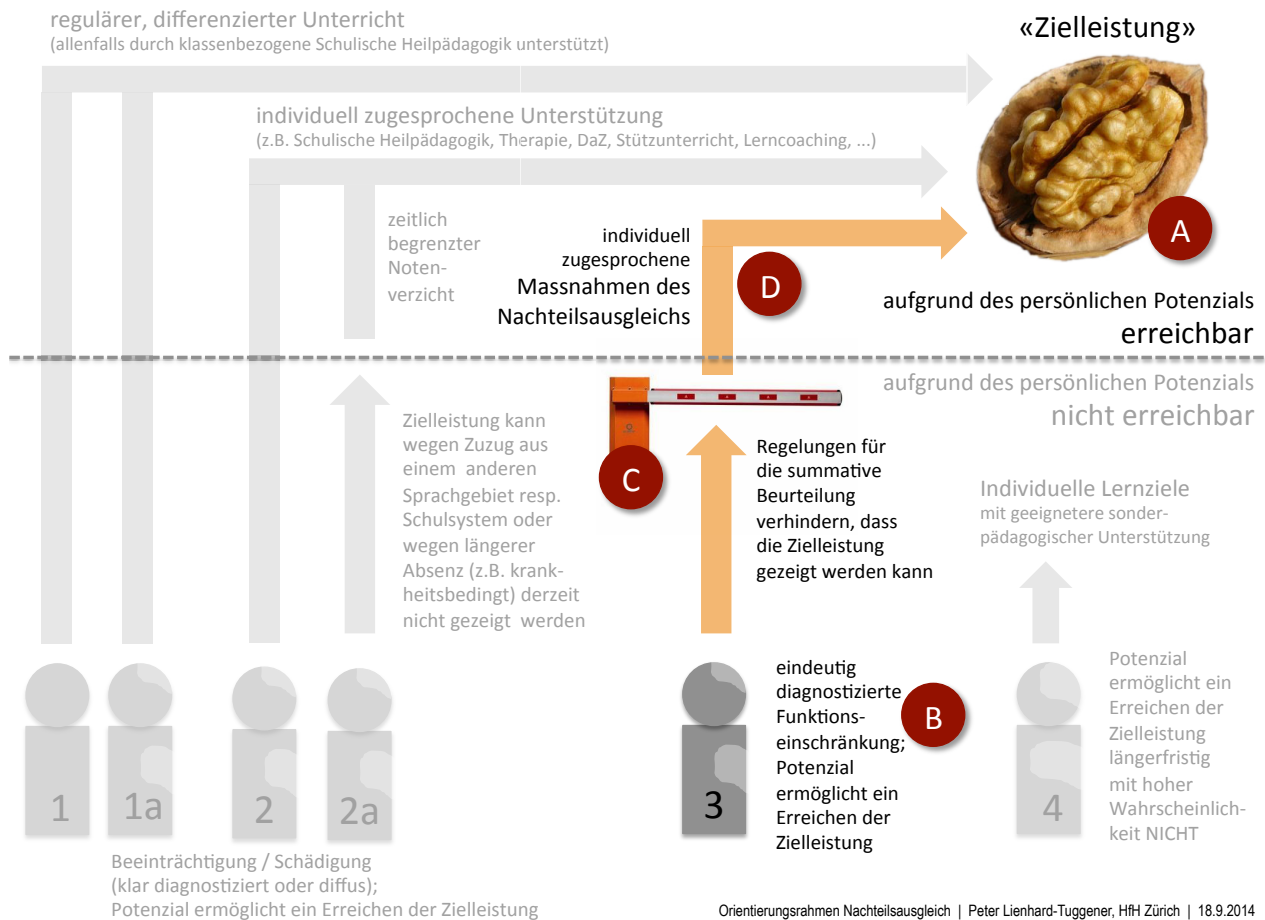
Orientierungsrahmen Nachteilsausgleich | Peter Lienhard-Tuggener, HfH Zürich | 18.9.2014

Person 3 hat (wie Personen 1, 1a, 2 und 2a) das Potenzial, die Zielleistung zu erreichen. Eine ganz bestimmte Funktionseinschränkung resp. Behinderung verunmöglicht aber, dass diese Leistung im Rahmen der gängigen Regelungen für Prüfungen und Bildungsabschlüsse gezeigt werden kann. Hier muss erwägt werden, ob Massnahmen des Nachteilsausgleichs vereinbart werden können. Dabei muss jedoch sichergestellt werden,

- dass die betreffende Person durch die Nachteilsausgleichsmassnahmen gegenüber anderen Menschen nicht bevorzugt wird
- und dass die zu erreichenden Bildungsziele nicht gesenkt werden.

Beispiele:

- Daniel ist gut begabter Jugendlicher. Er ist in der Ausbildung zum Schreiner und leidet unter einem massiven Stottern. Ein Teil der Abschlussprüfungen erfolgt mündlich. Aufgrund eines logopädischen Fachgutachtens wird ihm 50% mehr Zeit für die mündlichen Prüfungen zugestanden.
- Sandra leidet seit Geburt an einer Cerebralparese. Bewegungen und Lausprache sind stark beeinträchtigt. Im Unterricht und bei Prüfungen darf sie geeignete technische Hilfsmittel (u.a. einen Computer mit speziell grossen Tasten) verwenden. Im Unterricht und bei mündlichen Prüfungen steht eine Assistentin zur Verfügung, welche die Kommunikation von Sandra (Lautsprache und Elemente der Gebärdensprache) übersetzt.
- Urs ist leicht geistig behindert und besucht eine Heilpädagogische Schule. Er kann nur ansatzweise lesen und schreiben. Er hat das Ziel, die theoretische Traktorprüfung zu machen. Es zeigt sich, dass er in der Lage ist, den Prüfungsstoff zu verstehen und wiederzugeben, wenn auch lediglich mündlich und in Schweizer Dialekt. Mit der Prüfungsstelle wird vereinbart, dass Daniel die Prüfungsfragen mündlich präsentiert bekommt und in Schweizer Dialekt antworten darf.



Wenn die Vereinbarung einer Massnahme des Nachteilsausgleichs in Erwägung gezogen wird, kann die systematische Prüfung der folgenden vier Punkte hilfreich sein:

- **A) Welches ist der Kern der Zielaufgabe?**
Wenn eine Massnahme des Nachteilsausgleichs gewährt wird, muss sichergestellt sein, dass die betreffende Person das Potenzial hat, die «Kernleistungen» der Zielaufgabe erfüllen zu können. Zwei Beispiele zur Erläuterung:
 - Wenn die Beeinträchtigung den Kern der Zielaufgabe nicht tangiert (z.B. bei einem Stotterer, der eine mündliche Geschichtsprüfung abzulegen hat), sind Nachteilsausgleichsmassnahmen gerechtfertigt.
 - Wenn die Beeinträchtigung jedoch den Kern der Zielaufgabe betrifft (z.B. wenn eine Person mit motorischen Problemen und massiven Gleichgewichtsstörungen den Beruf des Zimmermanns erlernen möchte), sind Massnahmen des Nachteilsausgleichs nicht angezeigt.
- **B) Ist eine Funktionseinschränkung/Behinderung im Sinne der gesetzlichen Vorgaben (Bundesverfassung, Behindertengleichstellungsgesetz) nachgewiesen?**
Um eine Funktionseinschränkung als ausreichend nachgewiesen gelten zu lassen, muss diese von einer anerkannten Fachstelle diagnostiziert sein. Sinnvollerweise wird innerhalb eines Kantons definiert, welche Fachstellen für solche Gutachten anerkannt sein sollen.
- **C) Welche Barrieren ergeben sich genau aus dem Spannungsfeld zwischen «Zielaufgabe» und «Funktionseinschränkung»?**
Eine Funktionseinschränkung allein kann noch nicht zu einer Nachteilsausgleichsmassnahme führen. Wichtig ist möglichst konkret festzuhalten, welche Barrieren durch die Funktionseinschränkung entstehen.
- **D) Wie genau sehen die Massnahmen des Nachteilsausgleichs aus, welche die funktionsbedingte Einschränkung resp. Behinderung kompensieren sollen?**
Massnahmen des Nachteilsausgleichs müssen immer schriftlich festgehalten werden. Zudem sind sie zeitlich zu terminieren und regelmässig zu überprüfen. Beispiele von schriftlichen Vereinbarungen für Massnahmen des Nachteilsausgleichs sind in Henrich et al. (2012) zu finden (Nachweis siehe Kommentar zur ersten Folie).